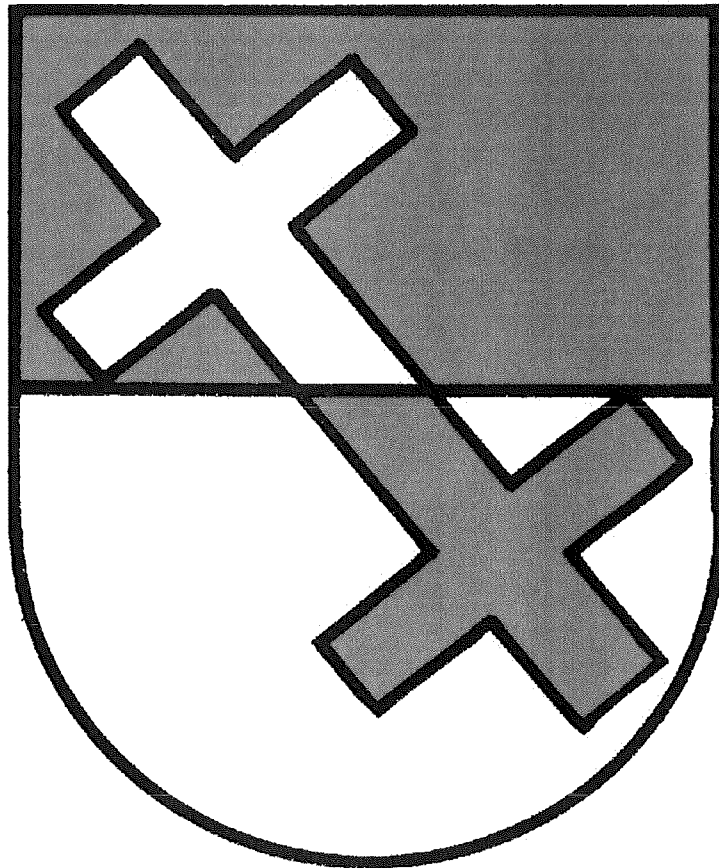


Einwohnergemeinde Biglen



***Verordnung über die Internet-
Bekanntgabe von öffentlichen
Informationen***

2011

Der Gemeinderat Biglen erlässt gestützt auf Artikel 15 des Datenschutzreglementes vom 24. Mai 2011 folgende

Verordnung über die Internet-Bekanntgabe von öffentlichen Informationen

1. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

*Gegenstand /
Zweck*

¹ Diese Verordnung regelt die Bekanntgabe von Informationen, die nach der Informationsgesetzgebung öffentlich zugänglich sind und die Personendaten enthalten, im Internet und mittels internetähnlichen Diensten.

² Der Zugang zu Informationen richtet sich nach dem Informationsgesetz (IG – BSG 107.1) und nach der Informationsverordnung (IV – BSG 107.111).

³ Der Begriff «Personendaten» richtet sich nach dem Datenschutzgesetz (KDSG – BSG 152.04).

Artikel 2

Zuständigkeit

Zuständige Stelle für die Bekanntgabe von Informationen ist der Gemeinderat.

Artikel 3

Befristung

Informationen gemäss Artikel 1, Absatz 1 werden für eine Dauer von maximal 10 Jahren im Internet veröffentlicht. Vorgaben für eine frühere Datenvernichtung bleiben vorbehalten.

Artikel 4

Datenschutz

¹ Die zuständige Stelle nach Artikel 2 stellt vor der Bekanntgabe von Informationen im Internet, die Personendaten enthalten, sicher, dass

- a) diese Informationen nach der Informationsgesetzgebung zugänglich sind;
- b) eine Information von Amtes wegen nach der Informationsgesetzgebung zulässig ist;
- c) die Veröffentlichung im Internet keine besonderen Risiken für die betroffenen Personen verursacht und
- d) die Persönlichkeit der betroffenen Personen durch die Bekanntgabe ins Ausland nicht schwerwiegend gefährdet wird (Artikel 14a – KDSG).

² Betroffene Personen haben die Gelegenheit, ein der Bekanntgabe entgegenstehendes, überwiegendes privates oder öffentliches Interesse glaubhaft zu machen.

³ Betroffene Personen können zudem ihre Rechte nach den Artikel 13 und 20 ff KDSG, namentlich das Recht auf Sperrung, auf Auskunft sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten, geltend machen.

⁴ Die Sperrung gemäss Absatz 3 kann sich auf die Veröffentlichung im Internet beschränken.

⁵ Von einer Veröffentlichung wird abgesehen, wenn

- a) ein entgegenstehendes Interesse gemäss Absatz 2 glaubhaft gemacht wird oder
- b) eine Sperrung vorliegt.

⁶ Im Internet dürfen zudem nicht bekannt gegeben werden:

- a) Öffentliche Register, soweit nicht eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage die Internet-Bekanntgabe vorsieht;
- b) Persönliche Identifikationsnummern und –Codes;
- c) Systematisch geordnete Daten aus der Einwohnerkontrolle (Artikel 12, Absatz 3 – KDSG) und ihnen gleichgestellte Listenauskünfte.

Artikel 5

Technische Voraussetzungen

¹ Die im Internet bekannt gegebenen Informationen sind technisch so zu markieren, dass den Suchmaschinen vom Indexieren abgeraten wird.

² Allfällige Email-Adressen dürfen nur in Form veröffentlicht werden, die ein Lesen durch Spamroboter verunmöglicht.

³ Die zuständige Stelle nach Artikel 2 stellt sicher, dass aus im Internet bekannt gegebenen Informationen keine Zusatzinformationen auslesbar sind (Dokumentenhistorie, Vorversionen etc.).

⁴ Sie trifft im Übrigen die nach einem anerkannten Standard verlangten zusätzlichen technischen und organisatorischen Massnahmen zum Schutz der Publikationsplattform vor Manipulationen.

2. Schlussbestimmung

Artikel 6

Inkrafttreten

Die Verordnung tritt rückwirkend am 1. Juli 2011 in Kraft.

3. Genehmigung

Der Gemeinderat Biglen hat die Verordnung über die Internet-Bekanntgabe von öffentlichen Informationen am 5. Juli 2011 genehmigt.

GEMEINDERAT BIGLEN

Der Präsident:



J.-P. Mange

Der Sekretär:



F. Zürcher